

Wahlverhalten und Parteiensystem im Vorfeld der Bundestagswahl

von Oskar Niedermayer

Die Bundestagswahl 2013 veränderte alle wichtigen Strukturcharakteristika des deutschen Parteiensystems. In der ersten Hälfte der Legislaturperiode blieb das System stabil. Deutliche Bewegung kam in die politische Lage durch die flüchtlingspolitische Entscheidung Angela Merkels, die die Union und sie selbst in Bedrängnis brachte, und der Nominierung von Martin Schulz zum Kanzlerkandidaten der SPD eine kurze Hochphase bescherte. Mittlerweile hat die Union jedoch in allen für das Wahlverhalten relevanten Faktoren wieder einen deutlichen Vorsprung vor der SPD: Es sind erkennbar mehr Wähler langfristig an die Union gebunden, alle Indikatoren sprechen zudem für Angela Merkel, auch weisen die Wähler der Union in fast allen Politikbereichen höhere Problemlösungskompetenz als der SPD zu. Im Ergebnis sind die Machtperspektiven der Union deutlich besser als die der SPD, obwohl nach der Wahl keine der möglichen Koalitionsvarianten politisch leicht durchsetzbar sein dürfte.

The federal election of 2013 changed all important structural characteristics of the German party system. In the first half of the election period, the system remained stable. Dramatic changes, however, occurred following the decision of Angela Merkel to open up the borders for refugees. It furthermore helped the nomination of Martin Schulz as candidate for the chancellorship, accompanied by a short SPD-peak in the polls. Meanwhile, the CDU/CSU regained the lead over the SPD in almost all relevant categories again. This indicates not only a long-term party identification of the electorate with the CDU/CSU, but also strong support for Angela Merkel personally as well as in most of the crucial policy areas. As a result, the Christian Democrats seem to have a very good chance to form the next government again, although none of the coalition alternatives will be politically easy.

I. Einleitung: Wahlverhalten und Parteiensystem

Das Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger und die Entwicklung des Parteiensystems sind durch den politischen Wettbewerb bei Wahlen verbunden.¹ Dieser wird wie jeder Wettbewerb durch Angebot, Nachfrage und Rahmenbedingungen bestimmt. Zu den Rahmenbedingungen gehören etwa das Wahlrecht, aber auch internationale Ereignisse und Entwicklungen, die das Verhalten der Parteien und der Wahlberechtigten beeinflussen. Die Gesamtheit der Parteien und ihrer Beziehungsstrukturen bilden in Form des Parteiensystems das politische Angebot an die Wahlberechtigten. Diese wiederum formen mit ihren Einstellungen und Verhaltensweisen die Nachfrageseite des Wettbewerbs. Das Verhalten der Wahlberechtigten bei einer Wahl, d. h. ihre Entscheidungen, ob sie zur Wahl gehen und wenn ja, welche Partei sie wählen, bestimmen die Größenverhältnisse der Parteien untereinander und damit die Struktur des Parteiensystems. Die wichtigsten Strukturcharakteristika, die jeweils auf der elektoralen und parlamentarischen Ebene gemessen werden können, sind das Format, also die Anzahl der an Bundestagswahlen teilnehmenden bzw. im Bundestag vertretenen Parteien, und die Fragmentierung, also der über die Größenverhältnisse der Stimmen- bzw. Mandatsanteile der Parteien gemessene Grad an Zersplitterung des Systems. Bei Parteiensystemen mit zwei dominierenden Parteien, wie dem der Bundesrepublik, ist es zur Analyse ihrer Funktionslogik sinnvoll, zusätzlich die durch den gemeinsamen Stimmen- bzw. Mandatsanteil gemessene Stärke dieser Dominanz und das Größenverhältnis der beiden Parteien zu analysieren. Wenn Parteiendemokratie als System potenziell alternierender Regierungen angesehen wird, so kommt der prinzipiellen Chancengleichheit zum Machtgewinn eine große Bedeutung zu. Das Ausmaß, in dem diese Chancengleichheit durch deutliche Vorteile einer der beiden Parteien gefährdet wird, wird durch die an der Differenz der Stimmen- bzw. Mandatsanteile gemessene Asymmetrie zwischen den Parteien angezeigt. Die Gründe für eine Asymmetrie können kurz- oder langfristiger Natur sein. Hat eine der Parteien dadurch Wettbewerbsvorteile, dass ein größerer Anteil der Wähler längerfristig an sie gebunden ist, wird von einer strukturellen Asymmetrie gesprochen.

Das Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger wird im Rahmen des hier zugrunde gelegten sozialpsychologischen Ansatzes durch zwei kurzfristige Faktoren, die Orientierungen der Wähler gegenüber den (Spitzen-)Kandidatinnen bzw.

1 Zum Folgenden vgl. ausführlicher: *Niedermayer, O.*: Wahlen und Parteiensystem in Berlin, Berlin, 2017, 9-28.

Kandidaten und gegenüber den die Wahlkampagnen prägenden Sachthemen, und einen langfristigen Faktor, die Parteiidentifikation, erklärt. Die Parteiidentifikation wird als langfristige, affektive Bindung an eine Partei, als eine Art „psychologische Parteimitgliedschaft“, verstanden, die durch politische Sozialisationsprozesse erworben wird. Dabei spielen die Stellung des Einzelnen im sozialen Gefüge einer Gesellschaft und die Einflüsse der sozialen Gruppen, denen er angehört, eine große Rolle. Wähler mit einer starken Parteibindung wählen in der Regel auch diese Partei, nicht zuletzt deswegen, weil die Bindung sozusagen als „rosa Brille“ wirkt, durch die das personelle und inhaltliche Parteiangebot gesehen wird. Auch wenn die Parteiidentifikation weiterhin einen relevanten Faktor für das Wahlverhalten darstellt, werden die Wahlergebnisse seit geraumer Zeit und in zunehmendem Maße von einer Mehrheit von Wählern bestimmt, die entweder über keine oder lediglich über eine schwache Parteibindung verfügen. Das Abnehmen langfristiger Bindungen bedeutet eine potenzielle Flexibilisierung des Wahlverhaltens, d. h. die Wähler müssen sich von Wahl zu Wahl zwar nicht umentscheiden, aber sie können es. Daher spielen die beiden kurzfristigen, durch Wahlkämpfe beeinflussbaren Faktoren auf die Wahlentscheidung eine größere Rolle.

Der erste Kurzfristfaktor wird durch die Einstellungen der Wahlberechtigten gegenüber dem personellen Angebot der Parteien gebildet, wobei das Spitzenpersonal von herausragender Bedeutung ist. Die Entscheidung eines Individuums, wegen einer Spitzenkandidatin oder eines Spitzenkandidaten die Partei zu wählen, der diese Person angehört, lässt sich als fünfstufiger Entscheidungsprozess auffassen: Zunächst einmal muss das Individuum das Gefühl haben, die Person genügend zu kennen, um sich ein Urteil über sie bilden zu können. Für dieses Urteil sind in der Regel vier Gesichtspunkte relevant, nach denen man sich ein Bild von dieser Person macht: die Sachkompetenz, die Führungsqualitäten und die Glaubwürdigkeit, die man ihr zuschreibt, sowie die persönliche Sympathie, die man ihr gegenüber hegt. Diese vier Imagekomponenten werden dann – mit unterschiedlicher Gewichtung – in einem dritten Schritt zu einer generellen Beurteilung der Person zusammengefügt. Fällt diese in Bezug auf eine der Führungspersonen deutlich positiver aus als für andere, spricht man von einer Präferenz für diese Person, etwa in Bezug auf das Amt des Bundeskanzlers. Zum Schluss muss das Individuum noch einen fünften Entscheidungsschritt machen und aufgrund dieser Präferenz die Partei wählen, der die präferierte Person angehört.

Wahlberechtigte, die ihr Wahlverhalten an dem zweiten Kurzfristfaktor ausrichten, wählen nicht nach Personen, sondern nach Inhalten. Für sie ist zentral, wel-

che Sachthemen und Probleme sie für wichtig halten, wie ihre eigene Position zu diesen Themen sind und welcher Partei sie am ehesten zutrauen, sie in einer ihren eigenen Präferenzen entsprechenden Weise zu lösen. Im Rahmen von Wahlkämpfen versucht daher jede Partei, die eigenen Gewinnerthemen, bei denen die Wahlberechtigten ihr eine hohe Problemlösungskompetenz zuschreiben, in die Diskussion zu bringen (*agenda-setting*), die Debatte über für sie schädliche Themen möglichst schnell zu beenden (*agenda-cutting*) und auf ungeplante Ereignisse so zu reagieren, dass die Bevölkerung sie als kompetent wahrnimmt (*agenda-surfing*). Das wichtigste Bindeglied zwischen Parteien und Bevölkerung sind dabei die Medien. Einerseits beeinflussen sie durch ihre politische Berichterstattung sowohl die Bürger als auch die Parteien, andererseits versuchen die Parteien, die Berichterstattung im Parteisinne zu beeinflussen. Das Fernsehen ist dabei immer noch das Leitmedium – es spielt für die Aufnahme von politischen Informationen und für die politische Meinungsbildung der Bevölkerung immer noch die wichtigste Rolle, auch wenn das Internet vor allem für die Jüngeren bedeutsamer geworden ist und es sich heute keine Partei mehr leisten kann, auf einen Online-Wahlkampf zu verzichten.

II. Die Ergebnisse der Bundestagswahl vom 22. September 2013 und ihre Auswirkungen auf das Parteiensystem

Die Bundestagswahl am 22. September 2013 erbrachte eine Reihe bemerkenswerter Ergebnisse.² Die Wahlbeteiligung stieg seit 1998 zum ersten Mal wieder an, auch konnten die beiden großen Parteien, CDU/CSU³ und SPD, erstmals seit einem halben Jahrhundert gleichzeitig Stimmengewinne verzeichnen, wenn auch in höchst unterschiedlichem Ausmaß: Die Union steigerte ihren Stimmenanteil um fast 8 Prozentpunkte auf 41,5 % und verfehlte nur knapp die absolute Mehrheit der Sitze im Bundestag. Die SPD konnte um knapp 3 Prozentpunkte auf 25,7 % zulegen. Die FDP, die die Geschicke der Bundesrepublik von Anfang an mitgeprägt hatte, scheiterte zum ersten Mal in ihrer Geschichte an der Fünf-Prozent-Hürde und war im Bundestag nicht mehr vertreten. Da auch die Grünen und die Linkspartei schlechter abschnitten als 2009, mussten bei dieser Wahl erstmals alle drei

2 Vgl. Niedermayer, O.: Statt Rot-Grün nun GroKo die Dritte: eine Analyse der Bundestagswahl 2013, in: Gesellschaft. Wirtschaft. Politik, 63/1 (2014), 23-35.

3 CDU und CSU sind auf der Einzelparteienebene ohne Zweifel getrennt zu behandeln. Auf der Parteiensystemebene werden in Analysen demokratischer, d. h. kompetitiver Parteiensysteme Parteien nur dann als getrennte Analyseeinheiten betrachtet, wenn sie miteinander im Wettbewerb stehen. Da die CDU und CSU bei den Wahlen nicht miteinander konkurrieren und im Bundestag eine feste Fraktionsgemeinschaft bilden, werden sie als eine Analyseeinheit betrachtet.

kleineren Parteien gleichzeitig Stimmenverluste hinnehmen. Hingegen zog mit der Alternative für Deutschland (AfD) erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik eine erst kurz vor der Wahl (am 6. Februar 2013) gegründete Partei so viele Stimmen auf sich, dass sie den Einzug in den Bundestag nur knapp verpasste.

Die Wahl markierte einen deutlichen Einschnitt in der Entwicklung des Parteiensystems. Alle seine relevanten Strukturcharakteristika wurden verändert⁴: Sein parlamentarisches Format sank zum ersten Mal seit 1990 von fünf auf vier im Bundestag vertretene Parteien. Seine elektorale und parlamentarische Fragmentierung hatte sich seit den 1980er Jahren zunehmend erhöht und 2009 war das Parteiensystem sogar noch etwas zersplitterter gewesen als bei der ersten Bundestagswahl 1949. Dieser Trend wurde 2013 zum ersten Mal auf beiden Ebenen wieder deutlich umgekehrt. Die Dominanz der beiden Volksparteien, die schon seit den 1980er Jahren und verstärkt in den 2000er Jahren zurückgegangen war, stieg 2013 wieder stark an. Im Bundestag erhielten die Union und die SPD zusammen vier Fünftel der Mandate.

Zudem zeigt sich zwischen den beiden Volksparteien eine deutliche Asymmetrie zugunsten der CDU/CSU, die sich schon in den 1950er Jahren herausgebildet und seither – mit einer kurzen Unterbrechung um die Jahrhundertwende herum – das Verhältnis zwischen den beiden Volksparteien bestimmt hatte. Diese Asymmetrie zugunsten der Union ist strukturell, d. h. durch eine ungleiche Verteilung der langfristigen Bindungen an die Union und SPD bedingt. Das wiederum bedeutet, dass die SPD die Union bei einer Bundestagswahl nur schlagen kann, wenn die beiden Kurzfristfaktoren zur Erklärung des Wahlverhaltens optimal zu ihren Gunsten wirken, d. h. wenn sie den Wählern ein optimales personelles und inhaltliches Angebot macht und die Union in beiden Bereichen schlecht aufgestellt ist. In der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik war dies bei 18 Bundestagswahlen in 64 Jahren nur zweimal der Fall: 1972 und 1998.

III. Die erste Hälfte der Legislaturperiode

In der ersten Hälfte der Legislaturperiode nach der Bundestagswahl⁵ – d. h. bis Anfang September 2015 – veränderte sich am Ausmaß der Unterstützung der beiden Volksparteien durch die Bürgerinnen und Bürger nichts. Den Umfragen

4 Vgl. *Niedermayer, O.*: Nichts ist mehr, wie es einmal war: Das Parteiensystem nach der Bundestagswahl 2013, in: Münch, U./Oberreuter, H. (Hg.): Die neue Offenheit. Wahlverhalten und Regierungsoptionen im Kontext der Bundestagswahl 2013, Frankfurt/New York, 2015, 311-326.

5 Für eine detaillierte Analyse dieses Zeitraums vgl. *Niedermayer, O.*: Halbzeit: Die Entwicklung des Parteiensystems nach der Bundestagswahl 2013, in: ZParl, 46/4 (2015), 830-851.

zufolge blieben CDU/CSU und SPD in etwa auf dem Stimmenanteil, den sie bei der Wahl erreicht hatten, sodass auch der gemeinsame Stimmenanteil auf dem Niveau des Wahlergebnisses von 2013, d. h. bei nur geringfügig schwankenden Werten um 67 %, verblieb. Das bedeutete auch, dass sich die Größenrelation zwischen CDU/CSU und SPD nicht veränderte, d. h. die Union konnte in den Umfragen ihren deutlichen Vorsprung vor der SPD aufrechterhalten.

Diese Konstanz der Umfragewerte ist eher ungewöhnlich, denn normalerweise beginnt die Zustimmung der Wähler zu den Regierungsparteien nach einer kurzen Nachwahleuphorie abzubrockeln. Geschuldet ist dies der Tatsache, dass Regierungen zwischen zwei Parlamentswahlen in der Regel einem Popularitätszyklus unterliegen: Sie haben vor der Wahl bei ihren Anhängern hohe Erwartungen geweckt, die sie durch ihre konkrete Politik meist enttäuschen. Zudem führen die Regierungen notwendige, aber bei der Bevölkerung unbeliebte Maßnahmen bevorzugt in der ersten Halbzeit der Legislaturperiode durch, damit das Wahlvolk sie bis zur nächsten Wahl wieder vergessen hat. Daher fallen die Zufriedenheitswerte mit der Arbeit der Bundesregierung normalerweise in der ersten Hälfte der Legislaturperiode deutlich und dies wirkt sich negativ auf die Wahlabsichten zugunsten der Regierungsparteien aus. Nach der Bundestagswahl 2013 war dies jedoch nicht der Fall, im Gegenteil: Bei der ersten Messung der Zufriedenheit mit der nach langen Verhandlungen erst Mitte Dezember 2013 vereidigten Großen Koalition erreichte die Regierung schon einen Wert, der über den Werten der letzten drei Regierungen lag. In der Folgezeit stieg die Zufriedenheit – von einem kurzzeitigen Einbruch in der zweiten Februarhälfte abgesehen – noch weiter an und erreichte im zweiten Regierungsjahr Größenordnungen, von denen die letzten drei Regierungen im vergleichbaren Zeitraum sehr weit entfernt waren.

Für diese gute Bewertung der Regierungsarbeit, die sich in den Wahlabsichten niederschlug, gibt es einen wesentlichen Grund: Im Gegensatz zu ihren Vorgängern führte die Regierung keine von der Bevölkerung kritisch gesehene Reformen durch und hielt die wesentlichen Versprechungen, die die Regierungsparteien den Wählerinnen und Wählern im Wahlkampf gemacht hatten. Dies betraf vor allem die beiden 2014 beschlossenen zentralen sozialpolitischen Maßnahmen, die in der Bevölkerung auf breite Zustimmung stießen: die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns und der Rente mit 63 Jahren. Zudem führen außenpolitische Krisensituationen, wie die sich 2014 immer mehr zuspitzende Ukrainekrise und dass nach dem Wahlsieg von *SYRIZA* bei der Parlamentswahl im Januar 2015 die Agenda beherrschende Griechenlandproblem in

der Regel dazu, dass sich die Bevölkerung hinter die Regierungsparteien scharrt. Auch das dramatische Anwachsen des Flüchtlingsstroms führte bis Anfang September 2015 noch nicht zu einer Veränderung der guten Beurteilung der Koalition.

Bei den kleineren Parteien zeigten die Umfragen in der ersten Hälfte der Wahlperiode etwas mehr Bewegung. Dies galt vor allem für die AfD. Die Partei hatte nach der Bundestagswahl zunächst nur mäßige Umfragewerte. Eine kurze Hochphase erreichte sie im Umfeld der Europawahl 2014, wo sie sich mit harscher Kritik an der Eurorettungs- und Zuwanderungspolitik nicht nur ökonomisch orientierten Gegnern der Eurorettung, sondern auch gesellschaftspolitisch immigrationskritischen Protestwählern als Wahlalternative anbot und 7,1 % der Stimmen erreichte. Nach der Wahl stürzte sie jedoch erneut ab, und ein weiterer Aufschwung in den Umfragen auf der Bundesebene erfolgte erst, als sie bei der sächsischen Landtagswahl Ende August 2014 in den ersten Landtag einzog und gleich darauf bei den Wahlen in Brandenburg und Thüringen Mitte September zweistellige Ergebnisse erzielte. Danach kletterte sie in den bundesweiten Umfragen auf Werte von bis zu 8 %. Zwar hielt diese Hochphase nicht lange an, aber die Partei konnte sich bis zum Sommer 2015 mit Werten über der Fünf-Prozent-Schwelle stabilisieren. Danach sackte sie jedoch auf 3-4 % ab.

Eigentlich hätte die AfD davon profitieren müssen, dass ihr ursprünglicher Markenkern, die Eurorettung, durch die Eskalation des Schuldenstreits nach der Wahl in Griechenland Ende Januar 2015 wieder nach vorn rückte. Zudem hätte sie von der Tatsache profitieren müssen, dass ihr zweites inhaltliches Hauptthema, die Flüchtlingsfrage, ab dem Herbst 2014 in der Bevölkerung zum wichtigsten Thema wurde. Dass sie diese Themenkonjunktur bis Anfang September 2015 nicht in eine steigende Wählerunterstützung ummünzen konnte, ist vor allem auf die immer heftigeren und schließlich zur Parteispaltung führenden inhaltlichen und personellen Konflikte innerhalb der Partei zurückzuführen. Inhaltlich ging es um die Positionierung im gesellschaftspolitischen Bereich, wo sich ein gemäßigt konservativer und ein rechtskonservativer Flügel mit unscharfer Abgrenzung zum äußersten rechten Rand gegenüberstanden. Der inhaltliche Streit wurde zudem überlagert durch persönliche Animositäten, die 2015 im Bundesvorstand zu einem offenen Machtkampf zwischen dem Parteigründer *Bernd Lucke* und einer seiner beiden Co-Vorsitzenden, *Frauke Petry*, führten. Auf einem Parteitag im Juli 2015 entschieden die *Lucke*-Gegner die Vorstandswahlen für sich. *Lucke* und seine Mitstreiter traten daraufhin aus der AfD aus. Nach der Spaltung sackte die Rest-AfD unter ihren neuen Vorsitzenden *Frauke Petry* und *Jörg Meuthen* in den Umfragen deutlich ab.

Die Grünen hatten im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2013 versucht, ihren traditionellen umweltpolitischen Markenkern auszuweiten und sich den Wählern durch das größte Steuererhöhungs- und Umverteilungsprogramm ihrer Geschichte in Konkurrenz zur SPD und der Linkspartei als Partei der sozialen Gerechtigkeit zu präsentieren. Von den Steuerplänen war jedoch zum einen ein Teil der eigenen Klientel betroffen und zum anderen führte diese Strategie nicht zu einer höheren Kompetenzzuweisung seitens der Bevölkerung im Bereich der Steuerpolitik bzw. allgemein der sozialen Gerechtigkeit. Zudem konnte die Konkretisierung des traditionellen Markenkerns anhand der Haltung zur Energiewende den Wählern nicht optimal vermittelt werden und zusätzliche Fehler wie die „Veggie-Day“-Debatte und die Pädophilie-Diskussion taten das Ihrige, die Wählerunterstützung in der Schlussphase des Wahlkampfs deutlich nach unten gehen zu lassen. Am Ende mussten sich die Grünen mit 8,4 % der Stimmen der Linkspartei knapp geschlagen geben. Die Wahlniederlage führte zum Rücktritt einer Reihe von Führungspersönlichkeiten und inhaltlichen Orientierungsproblemen, die sich in schwachen Umfragewerten niederschlugen. Schon ab Anfang 2014 konnte sich die Partei jedoch wieder verbessern. Dazu trug wesentlich der Entschluss bei, den traditionellen Markenkern in Form der Umwelt- und Energiekompetenz wieder in den Vordergrund zu stellen, was man im Wahlkampf zur Europawahl auch tat. Im Herbst 2014 führte der Streit zwischen dem linken Flügel der Bundespartei und den Grünen in Baden-Württemberg nach der Zustimmung des dortigen Grünen-Ministerpräsidenten *Winfried Kretschmann* zum Asylkompromiss noch einmal in eine Umfrageschwäche, doch rangiert die Partei seither wieder vor ihrer Konkurrentin um Platz drei im Parteiensystem.

Diese Konkurrentin, die Linkspartei, hatte schon vor der Bundestagswahl 2013 die schwere Krise überwunden, die sie im Umfeld des Göttinger Parteitages im Juni 2012 an den Rand einer Parteispaltung geführt hatte. Unter ihrer neuen Führung gelang es, die Flügelkämpfe zwischen Fundamentalisten und Reformern zumindest nach außen hin einzudämmen, und der auf die Stammwählerschaft konzentrierte Wahlkampf mit dem Themenschwerpunkt soziale Gerechtigkeit bewirkte, dass ihr in den letzten Jahren erodierter Markenkern wieder deutlicher wurde. In der ersten Hälfte der Legislaturperiode pendelten ihre Umfragewerte zwischen 8 und 10 %. Es half der Partei auch nichts, dass sie nach der Landtagswahl in Thüringen im Herbst 2014 mit *Bodo Ramelow* in einer rot-rot-grünen Koalition zum ersten Mal einen Ministerpräsidenten stellte und in der ersten Jahreshälfte 2015 in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen zulegte. Andererseits schadete der Partei auch nicht, dass sie mit dem Rücktritt *Gregor Gysis* vom

Fraktionsvorsitz im Oktober 2015 ihr bundesweit bekanntestes Gesicht verlor.

Bei der FDP führte das Wahldesaster von 2013 zum Rücktritt der gesamten Führungsspitze und der nordrhein-westfälische Landes- und Fraktionschef *Christian Lindner* wurde zum neuen Vorsitzenden gewählt. Die innerparteiliche Konsolidierung schlug sich in den Umfragen jedoch zunächst nicht nieder. Angesichts der wenigen überregional profilierten Köpfe in der neuen Führung, des Verlustes des Markenkerns in den Augen der Wähler, der Ressourcenknappheit der Partei, der Schwierigkeiten, als außerparlamentarische Oppositionspartei Medienaufmerksamkeit zu generieren, und der neuen Konkurrenz durch die AfD mit ihrer marktliberal ausgerichteten Eurorettungskritik fiel es der Partei schwer, überhaupt wahrgenommen zu werden. Ihr Ergebnis bei der Europawahl 2014 war mit 3,4 % noch schlechter als bei der Bundestagswahl und in den nachfolgenden drei Landtagswahlen scheiterte sie jeweils an der Fünf-Prozent-Hürde, sodass ihr Schicksal Ende 2014 besiegelt zu sein schien. Im Frühjahr 2015 besserte sich die Lage jedoch durch ihr gutes Abschneiden bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg und Bremen. Danach wurde sie von einigen Beobachtern wieder als notwendige Alternative im Parteiensystem wahrgenommen und konnte in den bundesweiten Umfragen etwas zulegen.

IV. Die Entwicklungen seit dem Herbst 2015 und die Ausgangslage vor der Bundestagswahl

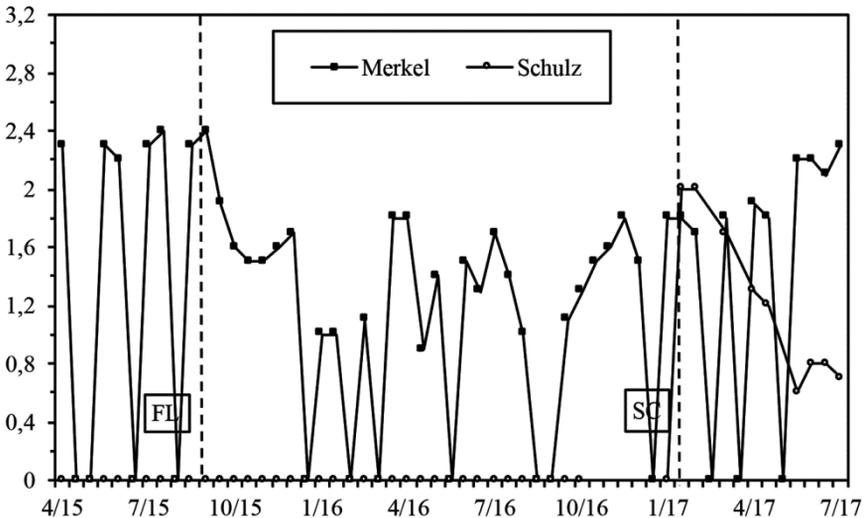
Vom Herbst 2015 an veränderte sich die Wählerunterstützung für die beiden Volksparteien. Das lag an zwei zentralen Entscheidungen der politischen Akteure – einer sachpolitischen und einer personellen –, die deutliche Auswirkungen auf die beiden kurzfristigen Einflussfaktoren auf das Wahlverhalten hatten.

Die sachpolitische Entscheidung war der Entschluss *Angela Merkels* in der Nacht vom 4. auf den 5. September 2015, die in Budapest festsitzenden Flüchtlinge nach Deutschland zu holen. Das Flüchtlingsproblem war schon seit Herbst 2014 für die Deutschen das wichtigste Thema, und seit dem Herbst 2015 drängte es alle anderen völlig in den Hintergrund. Unter dem Eindruck furchtbarer Bilder etwa von der Leiche eines kleinen Knaben am Strand und verdursteter Flüchtlinge in einem Lastwagen in Österreich wurde *Merkels* Entscheidung zunächst von zwei Dritteln der Deutschen aus humanitären Gründen gutgeheißen. Der folgende dramatische Anstieg der Flüchtlingszahlen führte jedoch schon im Oktober zu einem Umschlagen der Stimmung. Danach war die Gesellschaft in der Flüchtlingsfrage gespalten, die Diskussion wurde in einer stark polarisierten und emotionalisierten Weise geführt, und Ereignisse wie die sexistischen Attacken in der Kölner

Silvesternacht und mehrere Terroranschläge heizten die Stimmung weiter an.

Merkels Imagewerte in der Bevölkerung gingen deutlich zurück und verharrten mit größeren Schwankungen bis Ende 2016 – trotz des Rückgangs der Flüchtlingsneuzugänge durch die Schließung der Balkan-Route und das EU-Türkei-Abkommen – auf niedrigerem Niveau, wie *Abb. 1* zeigt. Parallel hierzu ging die Wählerunterstützung für die Union von Werten von etwa 42 % auf etwa 33 % zurück, sie verlor somit rund ein Fünftel ihres Wählerpotenzials (vgl. *Abb. 2*). Obwohl auch ein Teil der CDU mit Merkels Flüchtlingspolitik unzufrieden war, wurden der bayerische Ministerpräsident *Horst Seehofer* und seine CSU zu ihren schärfsten Kritikern.

Abbildung 1: Generelle Beurteilung von *Angela Merkel* und *Martin Schulz* (Mittelwerte; Skala von -5 bis +5)

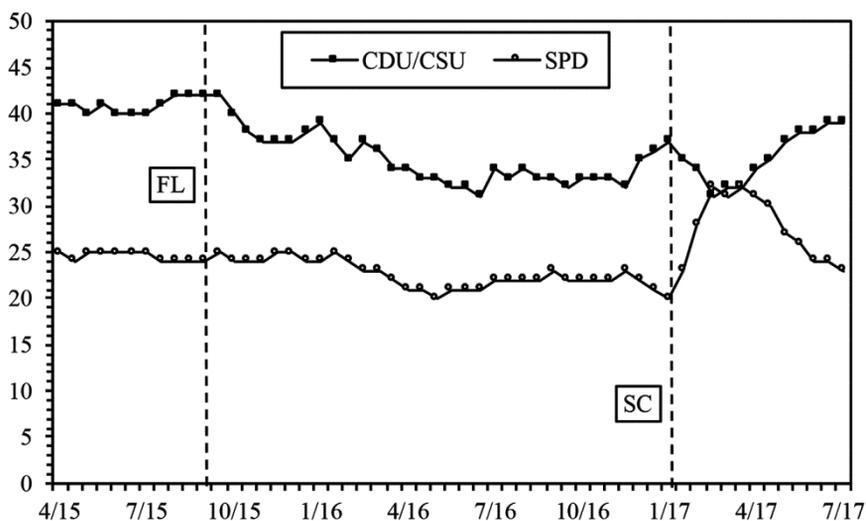


Quelle: FGW-Politbarometer.

Der Streit zwischen den beiden Schwesterparteien eskalierte von den anfänglichen Forderungen der CSU nach einer Obergrenze des Zuzugs und Verschärfungen des Asylrechts bis hin zu der Drohung mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht und Überlegungen, zur Bundestagswahl 2017 einen getrennten Wahlkampf zu führen. Dass dieser Streit über die Flüchtlingspolitik zur schlimmsten Krise zwischen den beiden Schwesterparteien seit Jahrzehnten führte, die noch in der ersten Hälfte 2016 einen endgültigen Bruch zwischen den beiden Parteien als realistische Möglichkeit erscheinen ließ, ist auch darauf zurückzuführen, dass er nur ein Symptom eines tiefgehenden Streits ist. Zwi-

schen CSU und CDU – aber auch innerhalb der CDU – geht es um die Frage der generellen inhaltlichen Positionierung der Unionsparteien auf der gesellschafts-politischen Konfliktlinie des Parteiensystems zwischen progressiv-libertären und konservativ-autoritären Werthaltungen in Bezug auf das gesellschaftliche Zusammenleben.⁶ Der noch verbliebene konservative Teil der CDU und die CSU sind der Auffassung, dass der Modernisierungskurs *Angela Merkels* und der CDU-Mehrheit dazu geführt hat, dass rechts der Union im Parteiensystem eine Repräsentationslücke entstanden ist, in die die AfD hineinstößt. Sie fordern daher einen Kurswechsel der Kanzlerin mit stärkerer Betonung konservativer Werthaltungen.

Abbildung 2: Wahlabsicht: Union und SPD (in Prozent)



Quelle: Infratest dimap Sonntagsfragen.

Ob und inwieweit der Streit zwischen CDU und CSU sich negativ auf die Wählerunterstützung der Union auswirkte, ist umstritten. Einerseits mögen die Deutschen den Streit unter Schwesterparteien nicht, andererseits spricht die CSU mit ihren Positionen die konservative Wählerschicht an. Die SPD konnte bis Ende 2016 von der Schwäche der Union und der Kanzlerin nicht profitieren, im Gegenteil: Ab Anfang 2016 gingen ihre Werte von etwa 25 auf etwa 22 % im Herbst

6 Zu dieser und der zweiten Konfliktlinie, dem ökonomischen Sozialstaatskonflikt zwischen Marktfreiheit und sozialer Gerechtigkeit, vgl. ausführlich *Niedermayer, O.: Die Analyse von Parteiensystemen*, in: ders. (Hg.): *Handbuch Parteienforschung*. Wiesbaden, 2013, 83-117.

zurück, d. h. sie verlor etwa ein Zehntel ihres Wählerpotenzials (vgl. *Abb. 2*).

Das lag vor allem daran, dass die SPD von den Wählern weder personell noch inhaltlich als überzeugende Alternative zur Union wahrgenommen wurde. Im personellen Bereich war die allgemeine Bewertung ihres Vorsitzenden und designierten Kanzlerkandidaten *Sigmar Gabriel* durch die Bevölkerung bereits vor der Flüchtlingskrise deutlich schlechter als die von *Merkel* und wurde im Laufe der Flüchtlingskrise noch schlechter, sodass in der Kanzlerpräferenz immer noch ein großer Abstand zu *Merkel* bestand. Auch inhaltlich konnte die SPD den Wählern keine überzeugenden Alternativpositionen anbieten, was nicht nur daran lag, dass sie mit der Union in der Regierung war. Der monatelange Unionsstreit um die Flüchtlingspolitik hatte nämlich die ganze Zeit verdeckt, dass es auch in der SPD und vor allem bei ihren Anhängern völlig unterschiedliche Vorstellungen über diese Frage gab, die nur äußerst schwer zusammenzubinden waren. Zudem maß die Bevölkerung der SPD in neuerer Zeit auch im Bereich ihres Markenkerns, der sozialen Gerechtigkeit, und bei der allgemeinen Problemlösungsfähigkeit deutlich weniger Kompetenzen zu als vor der letzten Bundestagswahl.

Das Blatt wendete sich jedoch für die SPD am 24. Januar 2017 durch eine weitreichende personalpolitische Entscheidung ihres Vorsitzenden *Sigmar Gabriel*: Er verzichtete auf sein Erstzugriffsrecht auf die Kanzlerkandidatur und schlug vor, den erst Ende November in die Bundespolitik zurückgekehrten und danach als zukünftigen Außenminister gehandelten langjährigen Präsidenten des Europäischen Parlaments, *Martin Schulz*, als SPD-Kanzlerkandidaten zu nominieren. In der Folgezeit konnte die SPD in den Umfragen stark zulegen und lag von Anfang Februar bis Ende März mit der Union auf Augenhöhe (vgl. *Abb. 2*).

Dies hatte eine Reihe von Gründen: Erstens gab es einen wochenlangen Medienhype um *Schulz*, der von manchen Zeitungen regelrecht hochgeschrieben und im Internet als „Gottkanzler“, der im „*Schulz-Zug*“ unaufhaltsam dem Wahlgewinn entgegenfährt, bejubelt wurde. Zweitens gab es nun eine ernst zu nehmende personelle Alternative zu *Angela Merkel*. *Sigmar Gabriel* war dies in den Augen der Bevölkerung und vieler SPD-Funktionäre nicht gewesen. Drittens konnte *Martin Schulz* als Verkörperung der sozialdemokratischen Erzählung präsentiert werden, d. h. als jemand, der sich aus kleinen Verhältnissen kommend trotz vieler Widrigkeiten seinen Platz im Leben erkämpfte. Seine Botschaft „ich bin einer von euch“ wirkte daher glaubhaft, obwohl er als Präsident des Europäischen Parlaments seit vielen Jahren der hochbezahlten europäischen politischen Elite angehörte. Viertens gehörte zur Imagekonstruktion auch seine Inszenierung als einen Neuanfang verkörpernder Mann von außen, obwohl er seit Jahrzehnten

Mitglied des SPD-Parteivorstands war. Dadurch wurde er nicht für die Innenpolitik der SPD verantwortlich gemacht, die vier der fünf Regierungen der letzten beiden Jahrzehnte angehört hatte. Dies betraf vor allem die vom SPD-Kanzler *Gerhard Schröder* initiierte Agenda 2010, die für viele in der SPD und ihrer Wählerschaft ein bis in die Gegenwart nachwirkendes Trauma darstellte. Durch seine Aussage, da seien Fehler gemacht worden, die man korrigieren müsse, und seine Konzentration auf den traditionellen SPD-Markenkern der sozialen Gerechtigkeit konnte *Schulz*, eigentlich ein Mann des rechten Flügels der SPD, den linken Flügel und die Traditionskompanien hinter sich bringen und so die Einigkeit der Partei als unabdingbare Voraussetzung für einen Wahlsieg herstellen. Fünftens ließ ihn seine anfängliche inhaltliche Unbestimmtheit in den meisten anderen Politikbereichen zur Projektionsfläche für unterschiedliche Wünsche und Vorstellungen werden. Dies alles wirkte auf die SPD, die wegen ihrer schlechten Werte lange in Depression verharret hatte, wie eine Befreiung und die Partei feierte *Schulz* daher in einer an Personenkult grenzenden Weise, die ihren Höhepunkt bei seiner Mitte März 2017 mit 100 % der Stimmen erfolgten Wahl zum neuen Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten fand. Sechstens hatte die Union dem *Schulz*-Hype anfangs nichts entgegen zu setzen. Sehr deutlich wurde das in der Pressekonferenz nach dem sogenannten Versöhnungsgipfel Anfang Februar, wo das nach dem monatelangen Streit zerrüttete Verhältnis der beiden Parteivorsitzenden an der Körpersprache *Angela Merkels* abzulesen war.

Nach nur zwei Monaten begann der *Schulz*-Effekt jedoch deutlich abzuflauen, im Juli 2017 sind beide Parteien in den Umfragen wieder dort angekommen, wo sie vor der *Schulz*-Nominierung waren. Auch hierfür gibt es eine Reihe von Gründen: Zunächst scheiterte der Praxistest des *Schulz*-Effekts dramatisch. Im Rahmen der SPD-Kampagnenplanung sollten die drei Landtagswahlen im Frühjahr im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen die Sprungschance für den Sieg bei der Bundestagswahl bilden. Am Schluss dieser Dreierserie erhoffte man sich einen triumphalen Sieg in Nordrhein-Westfalen. Doch schon bei der ersten Wahl konnte die euphorische Stimmung der SPD auf der Bundesebene nicht in Stimmen für die Partei auf der Landesebene umgesetzt werden: Bei der Saarlandwahl feuerte die CDU einen unerwarteten und deutlichen Wahlsieg. Auch die Wahl in Schleswig-Holstein ging verloren und konnte die CDU in einer Koalition mit den Grünen und der FDP die Regierung übernehmen. Der größte und schmerzhafteste Schlag war aber die Niederlage in Düsseldorf. Dass sich die SPD ausgerechnet in Nordrhein-Westfalen der Union geschlagen geben und die Regierung an eine CDU/FDP-Koalition abgeben

musste, damit hatte so gut wie niemand in der SPD gerechnet.

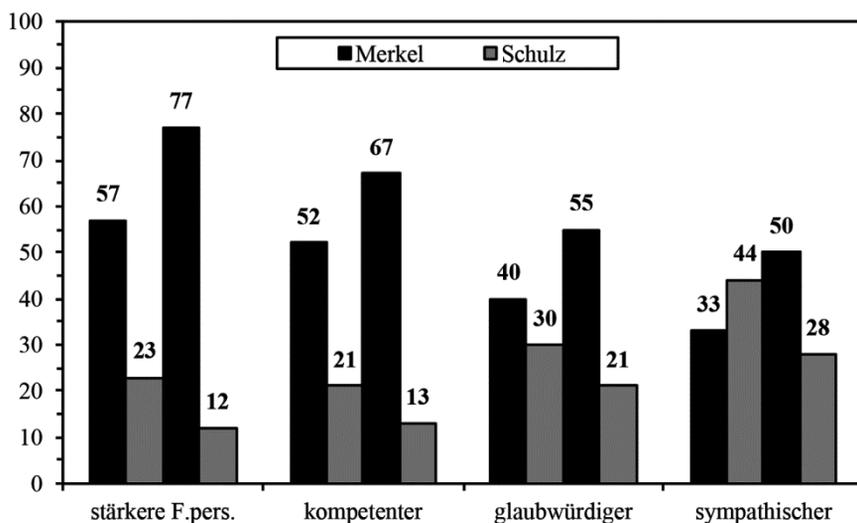
Schon die Wahlniederlage im Saarland führte, zweitens, zu einer deutlich kritischeren und vor allem deutlich abnehmenden Medienberichterstattung über den SPD-Kandidaten und schlug sich im Internet teilweise in Häme über den gescheiterten Kandidaten nieder. Ein dritter Faktor für das Abflauen des *Schulz*-Effekts bestand in der Tatsache, dass *Schulz*, da er kein bundespolitisches Amt hatte, in der täglichen Bundespolitik nicht sichtbar war. *Angela Merkel* hingegen zog qua Amt eine hohe Medienaufmerksamkeit auf sich, wobei ihr die krisenhaften internationalen Entwicklungen halfen, ihr früheres, durch ihre anfängliche Flüchtlingspolitik in Mitleidenschaft gezogenes Image als Krisenmanagerin wiederzuerlangen. Verstärkt wurde dieses Problem für *Schulz* noch durch die Tatsache, dass die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin *Hannelore Kraft* ihn wohl gebeten hatte, sich während ihres Wahlkampfes mit bundespolitischen Initiativen zurückzuhalten. Viertens wurde schnell klar, dass mit sozialer Gerechtigkeit allein in einer Zeit, wo nur eine sehr kleine Minderheit ihre ökonomische Situation als schlecht beurteilte und die große Mehrheit andere Sorgen (Flüchtlingsfrage, innere Sicherheit) hatte, die Wahl nicht zu gewinnen war. Nach einer Phase zunehmenden öffentlichen Drucks auf *Martin Schulz*, auch zu anderen Themen konkret Stellung zu beziehen, stellte die SPD daher nach und nach ihre Konzepte u. a. zur Bildungs-, Renten- und Steuerpolitik vor und verabschiedete am 25. Juni auf einem Bundesparteitag ihr Wahlprogramm. Auch das nutzte ihr bis Anfang August in den Umfragen wenig. Je konkreter *Martin Schulz* und die SPD inhaltlich wurden, desto mehr Gegner zogen sie auf sich, zumal die Union ihnen nicht den Gefallen tat, sich auf eine inhaltliche Detaildiskussion einzulassen. Ihre Strategie im Wahlkampf zielt eindeutig auf die vollständige Wiederherstellung des Images von *Angela Merkel* vor der Flüchtlingsentscheidung: *Merkel* als erfahrene Krisenmanagerin, die Deutschland sicher durch die internationalen Turbulenzen steuert und dafür sorgt, dass es den Deutschen auch weiterhin gut geht. Dabei helfen ihr die internationalen Entwicklungen der letzten Monate sehr. Der fünfte und letzte Grund für das Ende des *Schulz*-Effekts bestand schließlich in der Tatsache, dass sich die Union nach außen wieder zunehmend geschlossen zeigte und auch die CSU sich hinter die Kanzlerin stellte.

Wie haben sich nun die Verwerfungen, die die beiden wesentlichen Entscheidungen der Akteure nach sich gezogen haben, auf die langfristigen Bindungen der Bevölkerung an die Parteien ausgewirkt? Langfristige Parteibindungen sind nicht in Stein gemeißelt. Dramatische Ereignisse oder Entwicklungen können durchaus dazu führen, dass sich Bindungen lockern, auflösen oder gar in eine

Bindung an eine andere Partei transformieren. Dies könnte bedeuten, dass die strukturelle Asymmetrie zugunsten der Union durch die Flüchtlingskrise verringert oder sogar aufgelöst wurde. Dies ist jedoch nicht geschehen, wie die Daten zeigen: Im Jahr 2016 waren 14 % der Wahlberechtigten sehr oder ziemlich stark an die Union und nur 9 % an die SPD gebunden. Schwache Bindungen wiesen zusätzlich 11 % an die Union und 9 % an die SPD aus.⁷ Das bedeutet: Trotz *Angela Merkels* Flüchtlingsentscheidung blieb die strukturelle Asymmetrie zugunsten der Union bestehen.

Deuten die Entwicklungen der beiden kurzfristigen Einflussfaktoren auf das Wahlverhalten, die Orientierungen der Wahlberechtigten gegenüber den Spitzenkandidaten und den Sachthemen, darauf hin, dass die SPD ihren Nachteil wettmachen und die Union doch noch schlagen kann? Aus heutiger Sicht, d. h. Anfang August 2017, ist die Antwort eindeutig: nein.

Abbildung 3: Profilvergleich: Angela Merkel und Martin Schulz (März und Juni 2017; Angaben in Prozent)



Quelle: FGW-Politbarometer.

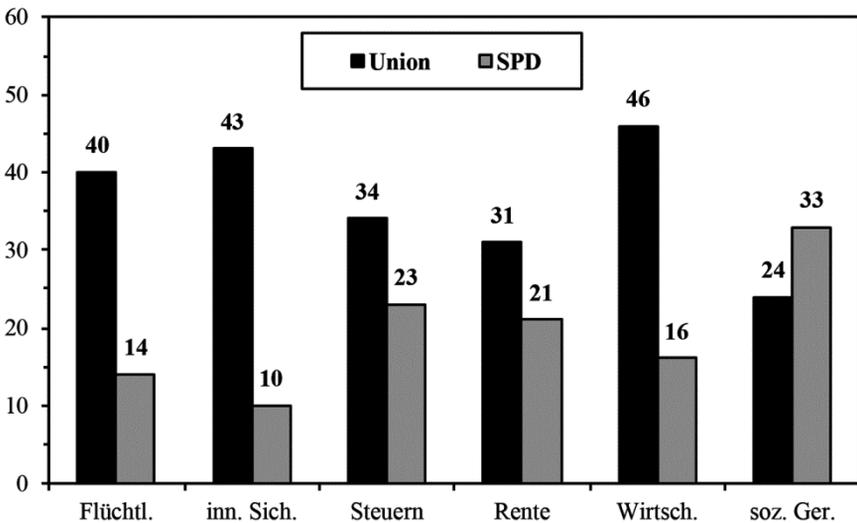
Betrachten wir zunächst die personellen Orientierungen gegenüber Bundeskanzlerin *Angela Merkel* und *Martin Schulz*. Der Entscheidungsprozess des Teils der Wähler, die personenorientiert wählen, also wegen des Spitzenkandidaten ihre

⁷ Die Daten wurden dem Verfasser freundlicherweise von der Forschungsgruppe Wahlen e.V. zur Verfügung gestellt.

Stimme für dessen Partei abgeben, erfolgt in den bereits beschriebenen fünf Schritten: Bekanntheit, Imageprofilierung, allgemeine Beurteilung, Formung der Kanzlerpräferenz und sodann Umsetzung jener Präferenz in die Wahlentscheidung.

Bekanntheit ist weder bei *Angela Merkel* noch bei *Martin Schulz* das Problem. Damit haben eher die Spitzenkandidaten der kleineren Parteien Schwierigkeiten. Im Profilvergleich lag *Merkel* im März 2017, also noch während des *Schulz*-Hypes, bei den Führungsqualitäten und der Sachkompetenz klar vor *Schulz* (vgl. *Abb. 3*). Auch in der Glaubwürdigkeit hatte sie einen Vorsprung, während *Schulz* den Befragten sympathischer war. Im Juni konnte sie ihren Vorsprung in allen vier Imagedimensionen deutlich ausbauen. Am stärksten war ihr Vorsprung mit 77 zu 12 % bei den Führungsqualitäten und jetzt fanden sie auch 44 % der Befragten sympathischer als *Schulz*, während nur 28 % *Schulz* mehr Sympathie entgegenbrachten.

Abbildung 4: Zugewiesene Problemlösungskompetenzen (Angaben in Prozent)



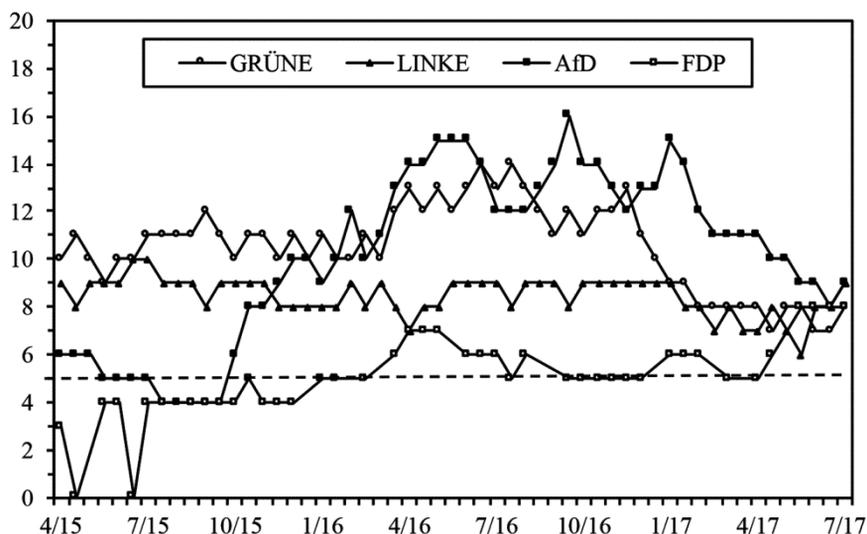
Quelle: FGW-Politbarometer.

In der allgemeinen Beurteilung (vgl. *Abb. 1*) lag *Schulz* direkt nach seiner Nominierung zum Kanzlerkandidaten mit einem Mittelwert von 2,0 knapp vor *Merkel*. Schon im März gingen seine Werte jedoch deutlich zurück und stürzten bis Ende Mai auf 0,6 ab, während *Angela Merkels* Werte von 1,8 auf 2,2 stiegen. Bis Ende Juni blieben die Beurteilungen beider Personen dann in etwa auf diesem Niveau, sodass *Merkel* in der allgemeinen Bewertung einen deutlichen Vorsprung vor

Schulz aufwies. Es ist daher nicht verwunderlich, dass *Angela Merkel* auch in der Kanzlerpräferenz – nach einem kurzzeitigen Hoch von *Martin Schulz* kurz nach dessen Nominierung – ihren Vorsprung kontinuierlich ausbauen konnte. Anfang Juli 2017 wollten 59 % der Wahlberechtigten sie als Kanzlerin haben und nur 30 % präferierten *Martin Schulz*.

Bei allen Indikatoren zur Frage der Orientierungen gegenüber den Spitzenkandidaten besitzt die Kanzlerin somit einen deutlichen Vorsprung vor ihrem Herausforderer, sodass der erste kurzfristige Erklärungsfaktor des Wahlverhaltens eindeutig zugunsten der Union ausfällt. Das Gleiche ist bei dem zweiten Faktor, den Orientierungen gegenüber den Sachthemen, der Fall. Wie *Abb. 4* zeigt, weisen die Bürgerinnen und Bürger der Union bei den wichtigen Problembereichen größere Problemlösungskompetenz zu als der SPD.

Abbildung 5: Wahlabsichten: kleinere Parteien (Angaben in Prozent)



Quelle: Infratest dimap Sonntagsfragen.

Dies gilt sogar im Bereich Flüchtlinge/Asyl, der nach Meinung von 40 % der Befragten bei der Union am besten aufgehoben ist, während nur 14 % in diesem Bereich die größte Problemlösungskompetenz bei der SPD sehen.⁸ Noch größer ist die Differenz bei der inneren Sicherheit, und auch bei den Wahlkampfthemen Steuern und Rente liegt die Union vorn. Lediglich bei ihrem traditionellen und in

8 Zu 100 % fehlende Werte: keine Partei, keine Angabe.

der Anfangsphase des Wahlkampfes von *Martin Schulz* stark betonten Markenkern, der sozialen Gerechtigkeit weisen die Bürger der SPD mehr Kompetenz zu als der Union, während diese bei ihrem eigenen Markenkern, der Wirtschaftskompetenz, weit vorn liegt.

Bei allen drei wahlverhaltensrelevanten Faktoren besitzt somit die Union gegenüber der SPD einen deutlichen Vorsprung. Insgesamt spricht daher sehr viel dafür, dass die Union bei der Bundestagswahl erneut die stärkste Partei wird. Da sie jedoch weit von der absoluten Mehrheit entfernt sein dürfte, bedeutet dies noch nicht zwangsläufig, dass *Angela Merkel* auch Kanzlerin bleiben wird. Dies hängt vom Abschneiden der kleineren Parteien und den sich daraus ergebenden Koalitionsmöglichkeiten ab.

Abb. 5 dokumentiert die Entwicklung der Umfragewerte für die kleineren Parteien. Die Grünen lagen bis in das Frühjahr 2016 hinein bei Werten von 10-11 %. Im Gefolge der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 13. März 2016, wo die Partei mit über 30 % der Stimmen einen großen Erfolg feiern konnte, der es dem grünen Ministerpräsidenten *Winfried Kretschmann* erlaubte, nun statt mit der SPD in einer Koalition mit der CDU weiterhin Ministerpräsident zu bleiben, stiegen auch die Unterstützungswerte der Bundespartei bis auf 14 % an. Von Januar 2017 an fiel der Wählerzuspruch jedoch wieder deutlich bis auf 8 %. Neben der Tatsache, dass die Urwahl der Spitzenkandidaten durch die Parteibasis am Jahresende 2016 nicht die gewünschte Medienaufmerksamkeit brachte und die Partei durch die kritischen Äußerungen der Vorsitzenden *Simone Peter* zum Polizeieinsatz in der Silvesternacht in Köln den Start ins Wahljahr verpatzte, war ihr größtes Problem, dass sie kein Thema hatte, mit dem sie über ihre Stammwählerschaft hinaus punkten konnte. Ihr umweltpolitischer Markenkern, konkretisiert anhand des Klimawandels, war für die Bevölkerung nicht relevant und bei den relevanten Themen Flüchtlinge/Asyl, Terror, innere Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und den außenpolitischen Problemen wurden der Partei wenig Lösungskompetenzen zugemessen. Zudem verpassten sie bei der Landtagswahl im März 2017 im Saarland den Wiedereinzug in den Landtag und wurden in Nordrhein-Westfalen als Regierungspartei abgelöst.

Die Linkspartei bewegte sich die gesamte Zeit über bei Werten um 8 %. Auch ihre Regierungsbeteiligung in Berlin nach der Abgeordnetenhauswahl im September 2016 als Teil der ersten rot-rot-grünen Regierungskoalition in einem Bundesland wirkte sich – nicht zuletzt wegen der deutlichen Anfangsschwierigkeiten der Landesregierung – auf der Bundesebene nicht positiv aus.

Die FDP verzeichnete bei den drei Landtagswahlen im März 2016 überall Stimmengewinne und zog in Rheinland-Pfalz nicht nur wieder in den Landtag, sondern auch in die neue Landesregierung ein. Allerdings schmolz das bundesweite Umfrageplus relativ schnell wieder ab und die Landtagswahlen im Herbst 2016 und Frühjahr 2017 brachten gemischte Ergebnisse: in Mecklenburg-Vorpommern stagnierte die Partei auf niedrigem Niveau, in Berlin konnte sie wieder ins Abgeordnetenhaus einziehen, im Saarland scheiterte sie jedoch an der Fünf-Prozent-Hürde. Mit bundesweiten Umfragewerten von 5-6 % war die FDP bis zum Frühjahr des Wahljahrs 2017 bezüglich ihres Wiedereinzugs in den Bundestag noch lange nicht auf der sicheren Seite. Ihre Wahlerfolge bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen im Mai 2017 und die Tatsache, dass sie in beiden Ländern zur Regierungspartei aufstieg, führten bundesweit dann aber zu einer Steigerung ihrer Wählerunterstützung auf 8 %, sodass ihr Einzug in den Bundestag deutlich wahrscheinlicher geworden ist.

Von der flüchtlingspolitischen Entscheidung *Angela Merkels* profitierte am meisten die AfD. Nach der Abspaltung des *Lucke*-Flügels unter die Fünf-Prozent-Schwelle gefallen, erhielt sie ab September 2015 wieder deutlichen Auftrieb, als sie sich allein auf das Thema Flüchtlingskrise konzentrierte und es zum neuen Markenkern der Partei machte. Hinzu kamen 2016 eine Reihe von Ereignissen – die Silvesternachtübergriffe in Köln, die Landtagswahlen im März, bei denen sie zweistellige Ergebnisse erzielte und in Sachsen-Anhalt sogar zur zweitstärksten Partei wurde, und terroristische Anschläge im In- und europäischen Ausland – die der Partei weiter Auftrieb verschafften. Zudem änderte die Partei mit dem Rückgang der Zugangszahlen ab dem Frühjahr 2016 ihre Strategie: durch ihren Anti-Islamkurs stellte sie nicht mehr die neu Hinzukommenden in den Mittelpunkt, sondern diejenigen, die schon hier waren. Die Aufdeckung einer Reihe von Verbindungen von AfD-Funktionären zu als rechtsextrem eingestuften Gruppen und Organisationen zeigte, dass die gesellschaftspolitische Charakterisierung der AfD als nationalkonservative Partei mit stärker werdenden Brücken hin zum Rechtsextremismus gerechtfertigt sein dürfte. Weder dies noch der permanente Machtkampf zwischen den beiden Bundesvorsitzenden *Frauke Petry* und *Jörg Meuthen* schaden der Partei 2016: Sie erreichte das gesamte Jahr über zweistellige Umfragewerte mit Spitzen von bis zu 16 %. Dabei kam ihr zugute, dass sie beim Flüchtlingsthema durch ihre konsequente Antihaltung im Parteiensystem – von der nur in Bayern wählbaren CSU abgesehen – ein Alleinstellungsmerkmal hatte, und daher neben Überzeugungswählern auch eine große Zahl von Protestwählern aus allen anderen Parteien anzog, die den anderen Par-

teien einen Denkkzettel verpassen wollten. Zudem war die Flüchtlingsproblematik zu einem Katalysatorthema geworden, das sowohl die diffuse Kritik konservativer Wähler an *Angela Merkels* gesellschaftspolitischen Modernisierungskurs als auch die generellen Zukunftsängste von Globalisierungsverlierern konkretisierte und fokussierte.

Ab Anfang 2017 ging die Wählerunterstützung der AfD jedoch zurück und erreichte im Frühjahr 2017 nur noch einstellige Werte. Schuld waren – auf dem Hintergrund geringer werdender Flüchtlingszahlen und der restriktiveren Flüchtlingspolitik der Bundesregierung – der andauernde innerparteiliche Führungsstreit und vor allem eine Rede des Rechtsaußen der Partei, *Björn Höcke*, Mitte Januar, in der er das Berliner Holocaust-Mahnmal als „Denkmal der Schande“ bezeichnete und eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ forderte. Damit war zum einen für viele bürgerliche (Protest-)Wähler eine rote Linie überschritten und zum anderen führte der daraufhin erfolgende Antrag der Mehrheit des Bundesvorstands, *Höcke* aus der Partei auszuschließen, zu einer erneuten Eskalation des innerparteilichen Streits. Er überlagerte auch die inhaltlichen Diskussionen auf dem Programmparteitag Mitte April. Dort entschieden die Delegierten, weder einen Antrag *Frauke Petrys* zur strategischen und inhaltlichen Abgrenzung vom äußersten rechten Rand noch einen Antrag zur Rücknahme des Ausschlussantrags gegen *Björn Höcke* zu diskutieren. Damit folgte die AfD weiter der Strategie der Ansprache eines breiten Spektrums von national-konservativ bis rechtsextrem orientierten Wählern, was ihr aber immer weniger gelang.

Die vier kleineren Parteien liegen in den Umfragen sehr nahe beieinander. Aus heutiger Sicht kann daher nicht vorhergesagt werden, wer bei der Bundestagswahl zur dritten Kraft im Parteiensystem werden wird. Zudem hängt es von wenigen Prozentpunkten der kleinen Parteien ab, wie die Machtperspektiven der beiden großen Parteien aussehen werden. Insgesamt sind sie jedoch für die Union deutlich besser als für die SPD. Neben der rechnerisch natürlich problemlos möglichen Großen Koalition würde es derzeit auch für eine Jamaika-Koalition aus Union, Grünen und der FDP und möglicherweise sogar für Zweierkoalitionen aus Union und Grünen sowie Union und FDP reichen. Alle rechnerisch möglichen Koalitionsvarianten sind jedoch politisch nicht einfach durchzusetzen. Die SPD-Basis sperrt sich vehement gegen eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der Union, eine Koalition mit den Grünen ist vor allem wegen der erheblichen inhaltlichen wie subkulturellen Differenzen zwischen Grünen und CSU schwierig, und die FDP wird alles tun, um die Preise hochzusetzen, damit sie nicht wieder als bloßes Anhängsel der Union wahrgenommen wird.

Für die SPD sieht es momentan allerdings sehr viel schlechter aus. Dass es für Rot-Grün reicht, ist wohl ausgeschlossen und sowohl Rot-Rot-Grün als auch eine Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP ist rein rechnerisch eher unwahrscheinlich. Selbst wenn es aber reichen sollte, sind beide Varianten politisch sehr schwierig. Für Rot-Rot-Grün gibt es zwar in allen drei Parteien viele Befürworter, angesichts der inhaltlichen Differenzen mit der Linkspartei vor allem im außen- und sicherheitspolitischen Bereich findet sich jedoch durchaus Widerstand. Zudem ist ein großer Teil vor allem der westdeutschen Wähler immer noch prinzipiell gegen eine Regierungsbeteiligung der Linken im Bund. Die SPD-Führung hat darauf mit Avancen an die FDP reagiert, um als Alternative eine Ampelkoalition ins Spiel zu bringen. Viele FDP-Vertreter befürchten jedoch, in einer solchen Koalition von den Partnern in die Zange genommen zu werden.

Zusammenfassend lässt sich daher konstatieren, dass keine der aus heutiger Sicht rechnerisch halbwegs realistischen Koalitionsmöglichkeiten politisch leicht durchsetzbar sein wird. Daher dürfte die nachfolgende Regierungsbildung mindestens so spannend werden wie die Bundestagswahl selbst.